

Rede

Nr. 038/2024

Kiel, 21.02.2024

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

## SSW im Landtag

Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80  
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 74  
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300  
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: [info@ssw.de](mailto:info@ssw.de)

## Ein guter Tarifvertrag erhöht die Zufriedenheit der MitarbeiterInnen

*„Die Landesregierung muss in den Gremien des UKSH dafür Sorge tragen, dass die tarifliche Eingliederung der Service Stern Nord umgesetzt wird. Der SSW unterstützt den Antrag zu 100 Prozent.“*

Lars Harms zu TOP 16 Für faire und gerechte Löhne – Service Stern Nord in den TV-L überleiten (Drs. 20/1862)

In Der Krankenhauspolitik gelten die begleitenden Dienste immer noch als Sparschwein. Bei der Insolvenz der Flensburger Diako mussten vor allem Reinigungskräfte einen großen Beitrag zur Konsolidierung leisten. Da sie nur als Einzelne wenig beitragen können, müssen es umso mehr Beschäftigte sein, deren Stunden gekürzt, Überstunden gestrichen oder deren Stellen sogar ganz wegfallen. Dabei hat sich doch schon lange herumgesprochen, dass wir mitten in einer Beschäftigungskrise sind. Fachleute in Leitungsfunktionen, die wissen, wie sie Probleme selbständig bewältigen können, fehlen allerdings in großer Zahl. Darüber hinaus können sich immer mehr Beschäftigte inzwischen ihre Arbeitgeber aussuchen. Viele Pflegekräfte wechselten in den letzten Jahren zu Leiharbeitsfirmen, weil diese ihnen gute Löhne und annehmbare Arbeitszeiten bieten können. Den Krankenhäusern entstehen dementsprechend Zusatzkosten. Da kann ich nur sagen: teuer gespart!



Krankenhäuser sind eben ein System, in dem jedes Rädchen seine Bedeutung hat und bei dem alle Rädchen gut geschmiert sein müssen. Das begreifen langsam auch die Geschäftsführungen der Häuser. Betten müssen nämlich nicht schließen, weil zu wenig ärztliches Personal am Start ist, sondern weil die Pflege unterbesetzt ist, der Bettendienst nicht funktioniert oder die Röntgenabteilung nicht mehr hinterherkommt. Allen Beschäftigten im Haus kommt eine Bedeutung in diesem System zu. Es ist sträflich, diese Tatsache zu ignorieren. Bei Bettenschließungen fehlen nämlich die nötigen Fallpunkte, und damit gerät das Gesamtbudget des ganzen Krankenhauses ins Rutschen.

Ich sage das an dieser Stelle, weil die Service Stern Nord kein Reinigungsbetrieb ist. Auch die Intensivpflege, das Catering, die Versorgung, Diätassistenz und Patiententransport gehören zu den Geschäftsfeldern. Dementsprechend werden derzeit auch dringend Fachkräfte gesucht. Und Reinigung im Krankenhaus ist auch keine Einfachtätigkeit, sondern beinhaltet großes Fachwissen, was unter anderem den Umgang mit Keimen angeht. Die Ausgliederung der Service Stern Nord im Jahr 2008 erschien vielleicht damals als gute Möglichkeit zur Konsolidierung; heutzutage - nach Corona, mitten im Fachkräftemangel und in einer Ausbildungskrise - muss man umdenken; auch weil der Koordinierungsbedarf durch die Auslagerung zugenommen hat. Der Ausstieg aus dem Tarifvertrag entfremdet die Beschäftigten und die Arbeitgeber. Ein guter Tarifvertrag ölt dagegen die Kommunikationsbeziehungen und führt letztlich zu einer höheren Zufriedenheit. Der Krankenstand sinkt und die Verweildauer im Betrieb erhöht sich. Soziale Spannungen, die aus unterschiedlicher Bezahlung erwachsen, entfallen, wenn alle unter gleichen tariflichen Bedingungen arbeiten. Das ist alles gewerkschaftliches Einmaleins und durchaus keine neue Erkenntnis.

Jede Sanierungsmaßnahme muss die Beschäftigten mitnehmen. Das lernen viele Krankenhäuser gerade auf die harte Tour. Kurzfristige Kosteneffekte rächen sich eben auf lange Sicht.

Die Landesregierung muss in den Gremien des UKSH dafür Sorge tragen, dass die tarifliche Eingliederung der Service Stern Nord umgesetzt wird. Die Vorbildfunktion, was andere Krankenhausträger angeht, ist dabei enorm. Steuergelder müssen gerecht ausgegeben werden. Darum ist die Landesregierung gut beraten, endlich belastbare Schritte zur Rückkehr ins Tarifsysteem zu unternehmen. Das wäre eine gute Investition in das UKSH und seine Standorte. Der SSW unterstützt den Antrag zu 100 Prozent.

